

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Infectionspreis: die Kleinsp. Zeile 10 Pf.

Abonnement

vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl. Bringerlohn) in der Expedition, bei unsern Boten, sowie bei allen Reichs-Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

33. Jahrgang.

Nr. 2.

Dienstag, den 5. Januar

1886.

Bekanntmachung.

Nachdem der wiedergewählte Stadtrath Herr Commerzienrath Hirschberg, sowie der an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Stadtrath E. Dörfel in das Rathescollegium neugewählte bisherige Stadtverordneten-Vorsteher Herr Kaufmann Carl Jul. Dörfel am 2. d. Mts. als unbesoldete Stadträthe verpflichtet und in ihre Aemter eingewiesen worden sind, wird dies hiermit bekannt gemacht zugleich mit dem Bemerkten, daß Herr Commerzienrath Hirschberg zum Stellvertreter des Bürgermeisters vom Stadtverordneten-Collegium wieder erwählt und als solcher von der Kgl. Kreishauptmannschaft Zwickau bestätigt worden ist. Eibenstock, am 4. Januar 1886.

Der Stadtrath.
Völscher.

Bekanntmachung.

Die Weihnachtsbescherung für arme Schulkinder in der hiesigen Stadt findet

Dienstag, den 5. Januar 1886,
Nachmittags 6 Uhr

im Heidenfelder'schen Saale statt. Die Eltern der Kinder, welche bescheert erhalten, sowie Freunde der Armen und der Schule werden hierdurch zur Theilnahme an dieser Feier eingeladen. Eibenstock, den 4. Januar 1886.

Der Stadtrath.
Völscher.

Deutschland im neuen Jahre.

Deutschland als politische Macht betrachtet, ist unter den glücklichsten Ausichten in das neue Jahr eingetreten. Unser Vaterland genießt bei den übrigen Nationen ein hohes Ansehen; seine stetig wachsende Seemacht, sein festgefühtes Heerwesen, seine friedliebende und friedensvermittelnde Politik machen es zum festen Pol, um den sich die politischen Vorgänge in ganz Europa drehen. Fest und doch versöhnlich, nicht auf die eigene Macht pochend und dadurch den Grund zu tiefgehenden, wenn auch langverhaltenen Verstimmungen legend, ist die deutsche Politik darauf gerichtet, die Interessen des eigenen Landes zu fördern, ohne die Interessen Anderer zu verletzen. Von allen Seiten wird diese Haltung anerkannt, nur vielleicht von Frankreich nicht, wo die Parteien sonder Ausnahme das Revancheröthlein tummeln, um sich Ansehen beim Volke zu geben. Lange Zeit, Jahrzehnte gewiß wird es noch dauern, bis wieder ein freier, freundnachbarlicher Verkehr sich einstellt, von dem die offiziellen Vertreter unserer mächtigen Nachbarreiche einstweilen nur die Formen beobachten.

Unsere Kriegsschiffe kreuzen auf allen Meeren, ferne Küsten sind unter den Schutz der deutschen Flagge gestellt worden, die subventionirten Postdampfer werden in wenigen Monaten die direkte Verbindung mit Asien und Australien für unseren kaufmännischen Verkehr herstellen. Wer sich nicht schwärmerischen Träumereien über die Erfolge der deutschen Colonialpolitik hingiebt, wer sich nicht die unter Schutzherrschaft gestellten Gebiete als Paradiese vorstellt, der wird keine Enttäuschung erfahren; aber Derjenige wird befriedigt sein, der den überseischen Handel Deutschlands geschützt und erstarken sehen will und der die dafür aufzubringenden Opfer nach dem Ansehen abmisst, das Deutschlands politische Machtstellung erfordert und genießt. Die internationalen Verwicklungen, die aus der deutschen Colonialpolitik zu entspringen drohten, sind geschwunden; mit Frankreich und England, den beiden hauptsächlichsten Mitbewerbern, sind feste Normen vereinbart worden und mit Spanien ist die Ausöhnung wegen des Karolinenstreits erfolgt.

Die Lage unseres Handels und unserer Industrie ist noch immer eine gedrückte, aber Deutschland steht in dieser Beziehung nicht ungünstiger da, als andere Länder; von einem Nothstande ist nicht die Rede. Gegenüber den Zollschranken gegen das Ausland sind im Inlande große Verkehrsvereinfachungen geplant, in erster Linie der Bau des Nord-Ostsee-Canals, worüber die Vorlage dem Reichstage demnächst zugehen und zweifellos Annahme finden wird. Die Steuer-Reform ist allerdings ins Stocken gerathen und es ist noch nicht abzusehen, in welcher Weise darüber eine Einigung der gesetzgebenden Faktoren zu erzielen wäre; zwar ist den Reichsfinanzen eine Hülfe durch Erhöhung vieler Zölle geworden, aber die Reichsbedürfnisse sind immer noch nicht gedeckt.

Der Streit zwischen Staat und Kirche ist zwar auch im vergangenen Jahre nicht beigelegt. Aber es ist doch wenigstens der erzbischöfliche Stuhl von Köln neubesezt worden — ein Schritt zum Bessern. Die Centrumspartei steht zu der Regierung auf einem gespannten Fuße, aber das ist nicht neu und es wird sich schon wieder eine Gelegenheit finden, bei der sich Beide „auf Zeit“ vertragen. Zwischen der Regierung

und dem päpstlichen Stuhle sind die Beziehungen höflich, aber Jeder beharrt auf seinem Standpunkt und giebt in der Sache nicht nach.

Die Sozialreform hat im vergangenen Jahre durch Einführung der Unfallversicherung und Bildung von Berufsgenossenschaften einen wichtigen Schritt vorwärts gemacht. Die erwähnten Körperschaften beruhen auf Selbstverwaltung und diese soll hier zeigen, was sie zu leisten vermag. Leider muß dabei von vornherein gesagt werden, daß die Hoffnung, die Selbstversicherung werde billiger sein, als die bei Privat-Versicherungsgesellschaften, jetzt schon als unbegründet bezeichnet werden muß. Doch ist die ganze Organisation zu neu und zu wenig erprobt, als daß man heute schon ein endgültiges Urtheil über ihre Wirksamkeit fällen könnte.

Das zur Debatte gestellte Branntweinmonopol findet in der Centrumsfraction und in der liberalen Opposition die heftigsten Gegner; aber auch im konservativen Lager hat es nicht durchweg Freunde. Bei den Stärkeverhältnissen der Parteien im Reichstage ist mithin keine Aussicht vorhanden, daß das Monopolprojekt durchdringt.

Das Beste ist jedoch, daß die Aussichten auf Erhaltung des allgemeinen europäischen Friedens durchweg günstige sind und hoffentlich auch bleiben werden!

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Bereits vor längerer Zeit hatte verlautet, daß eine Vorlage, betreffend die Ermäßigung der Gerichtsgebühren, in der laufenden Session des Reichstags nicht unwahrscheinlich sei. Inzwischen ist bekannt geworden, daß das Reichsjustizamt die Einzelregierungen zu Gutachten über diese Angelegenheit aufgefordert hat. Die Ausarbeitung einer bezüglichen Vorlage an den Reichstag soll nunmehr angeordnet sein.

— Die Verlegung des Karolinenstreites scheint zahlreiche Ordensdekorationen in Fluß zu bringen. Wie es heißt, hat der Kaiser dem Cardinal-Staatssekretär Jakobini den Schwarzen Adlerorden, den Monsignori Galimberti und Roceni, welche der Unterzeichnung des Protokolls über die Karolinenfrage beiwohnten, den Rothen Adlerorden verliehen. Der Papst wird dem Fürsten Bismarck den Christus-Orden verleihen. Nach einer anderen Nachricht hat der Papst Herrn von Schöler und den spanischen Gesandten mit dem Gregorius-Orden decorirt. Im Ganzen sollen 14 päpstliche Ordensverleihungen erfolgt sein. Spanien gab den betheiligten Cardinalen den Isabellen-Orden.

— Mit dem 1. Januar 1886 ist das Gesetz, betr. die Bezeichnung des Feingehaltes auf goldenen und silbernen Geräthen, im deutschen Reich in Kraft getreten. Das Stempelzeichen muß enthalten: die Reichskrone, das Sonnenzeichen für Gold, das Mondschelzeichen für Silber, die Angabe des Feingehaltes in Tausendtheilen und die Firma oder eingetragene Schutzmarke des Geschäftes, für welches die Stempelung bewirkt ist. Die Krone muß bei Goldgeräthen in dem Sonnenzeichen, bei Silbergeräthen rechts neben dem Mondschelzeichen stehen.

— Die Berl. „N. Nachr.“ schreiben: Die finanziellen Verlegenheiten des Königs von Bayern sind jetzt auf einem kritischen Punkte angelangt. Zahl-

reiche Pfändungsgesuche sind von Gläubigern gegen den König eingereicht worden; zum Theil handelt es sich um bedeutende Summen. Infolge dessen sind am 27. Decbr. 1885 die Agnaten unter dem Vorsteher des Prinzen Luitpold, des Oheims des Königs, zu einer Berathung zusammengetreten. Außerordentliche Schritte zur Bezahlung der Schulden ohne gleichzeitige Beschränkung der Privatdisposition des Königs sind jedenfalls nicht zu erwarten. Eine solche Einschränkung kann natürlich nur in der Form eines Versprechens resp. Verzichts des Königs selbst den Agnaten gegenüber ins Leben treten.

— Oesterreich. Wien, 3. Januar. Sämmtliche Journale befassen sich heute an leitender Stelle mit dem Regierungsjubiläum des Kaisers Wilhelm. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: „Ein gar herrlich Greifenalter ist dem ersten Deutschen Kaiser aus dem Hohenzollernhause beschieden, der das Glück hat, so lange zu leben, um zu sehen wie der letzte Groll verfliehet, den seine auf den Schlachtfeldern erwachsene Schöpfung hervorgerufen. Den Friedensfürsten preist billig und dankbar die ganze Welt.“ Das offiziöse „Fremdenblatt“ sagt: „Mit den Wünschen, welche heute Preußen und Deutschland für das Wohl seines Königs und Kaisers emporsendet, vereinigen sich auch die Wünsche der Völker Oesterreich-Ungarns, die in Kaiser Wilhelm I. den Schützer und Schirmer des europäischen Friedens verehren.“

— In Wien wurde Sonnabend in den Abendstunden in einem Juwelierladen des Bezirkes Leopoldstadt ein Raubattentat verübt, das in seiner Ausführung lebhaft an anarchistische Verbrechen erinnert. In das Geschäftstlokal von Bellaf, das an der Ecke der Lador- und Praterstraße, zwei der frequentesten Straßen Wiens, gelegen ist, kam ein junger Mann, der eine Kleinigkeit kaufte, dem Juwelier zur Zahlung eine Note überreichte und ihn dann, als dieser wechseln wollte, durch einen Schlag auf den Kopf betäubte. Der Verbrecher raubte dann das in der Geldlade befindliche Geld, ergriff, ohne aufgehalten zu werden, die Flucht und ist bis zur Stunde noch nicht entdeckt. Der Juwelier, der in Folge des Schlags ohnmächtig niedergesunken war, erholte sich glücklicherweise bald wieder.

— Rußland. Anlässlich des Regierungsjubiläums des Kaisers Wilhelm bringt der „Peteröb. Herald“ einen der gesegneten Thätigkeit des Kaisers gewidmeten Artikel, in welchem der Wunsch ausgesprochen wird, daß die in drangvoller Zeit erprobte Waffenbrüderschaft Russen und Deutsche noch lange zum Heile Europas verbinden möge.

— Italien. Ueber die Gesundheit des Papstes werden unausgesetzt beunruhigende Nachrichten verbreitet. Dr. Mezger aus Amsterdam hat Rom wieder verlassen und soll erklärt haben, daß der Papst nicht am Herzen, sondern an den Nieren fränke. Der Londoner „Standard“ bringt die Nachricht, daß ein Blasenleiden vorliege, eine Angabe, die der Diagnose des Dr. Mezger entsprechen würde. Das englische Blatt fügt aber hinzu, daß das Leiden in der letzten Zeit bei der in Rom herrschenden Kälte eine bedenkliche Form angenommen habe und beschäftigt sich bereits mit den Folgen, welche der Tod Leo's XIII. haben würde. Und scheint zu solcher pessimistischen Auffassung kein Grund vorzuliegen, da der Papst unausgesetzt seine Amtsgeschäfte besorgt.